Bezugspreis:
Für Dresden vierteljährlich: 2 Mark 50 Pf., bei den Kaiserlich deutschen Postanstalten vierteljährlich 3 Mark; außerhalb des Deutschen Reiches Post- und Stempelzuschlag. Einzelne Nummern: 10 Pf.

Erscheinen:
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage abends.
Fernspr.-Anschluß: Nr. 1295.

Dresdner Journal.

Ankündigungsgebühren:
Für den Raum einer gespaltenen Zeile kleiner Schrift 20 Pf. Unter „Eingesandt" die Zeile 50 Pf.
Bei Tabellen- und Ziffernsatz entsprechender Aufschlag.

Herausgeber:
Königliche Expedition des Dresdner Journals
Dresden, Zwingerstr. 20.
Fernspr.-Anschluß: Nr. 1295.

№ 180. Freitag, den 6. August, abends. **1897.**

Amtlicher Teil.

Ernennungen, Versetzungen rc. im öffentlichen Dienste.

Im Geschäftsbereiche des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts. Gesucht: zur Verwaltung der ständigen Lehrerstelle in Plaußig für die Zeit vom 15. dss. Mts. bis zum 1. Oktober ein Kandidat des Schulamts oder der Theologie. Jahresgehalt 1000 M. neben freier Wohnung. Bewerbungen sind sofort bei dem Königl. Bezirksschulinspektor für Leipzig II Zimmler einzureichen.

Nichtamtlicher Teil.

Die Reise des Deutschen Kaisers nach St. Petersburg

hat bis jetzt in der ausländischen Presse eine nach Verhältnis umfänglichere und lebhaftere Erörterung hervorgerufen als in der deutschen, die diesen Besuch zumeist mit kurzen, ruhigen Bemerkungen erwähnt und ihre der Fahrt des Kaiserpaares gewidmeten guten Wünsche ohne hochpolitische Tiraden und besondere Erwartungen hinsichtlich des Erfolges der Reise zum Ausdruck bringt. Man weiß bei uns, daß sich das deutsch-russische Verhältnis seit einiger Zeit ganz zur beiderseitigen Befriedigung gestaltet hat und man fühlt zugleich, daß auch zwischen den Höfen die besten Beziehungen obwalten. Seit dem chinesisch-japanischen Kriege haben die deutsche und die russische Diplomatie mehrfach gemeinsame Aktionen ausgeführt und gerade in diesem Jahre ist in den heiklen Orientfragen ein gleichmäßiges, erfreuliches Zusammenwirken der beiden wahrzunehmen gewesen. Man unterschätzt auf unserer Seite nach wie vor nicht die Festigkeit der russisch-französischen „Entente" und ist darauf gefaßt, daß der Besuch des Präsidenten Faure in Rußland sich unter anderen Formen vollziehen wird wie derjenige des Deutschen Kaisers. Es ist uns aber zur Gewißheit geworden, daß in dieser Freundschaft mit der Republik keine unmittelbare Bedrohung des Friedens mehr liegt, daß sie Rußland die Anknüpfung und Pflege guter Beziehungen mit den Mächten des Dreibundes vollkommen gestattet, daß der Zar mit dem Deutschen Kaiser in dem Bemühen, die Ruhe Europas zu wahren, übereinstimmt, und daß zur Zeit die Vorbedingungen wieder gegeben sind, unter welchen Deutschland und Rußland gemeinsame Interessen, solche des Friedens, in Harmonie verfolgen können.

Letztere Gedanken, die den Kern unserer gemäßigten Wünsche einschließen, lesen wir auch aus der im übrigen reservierten Besprechung heraus, welche die zu diesem Zwecke zweifellos inspirierte „Nowoje Wremja" gestern dem Kaiserbesuch gewidmet hat. Es ist darin folgendes ausgeführt:

Wenn seit dem vorigen Herbste in der Gruppierung der Großmächte auch keine entscheidende Veränderung durch die politische Situation Europas hervorgerufen ist, so hat doch vieles die weitere Entwickelung einer internationalen Evolution begünstigt, die auf einen zuverlässigeren Schutz des europäischen Friedens vor einigen unerwünschten Zufälligkeiten gerichtet ist, als er früher bestand. Jener Rolle, welche Deutschland schon zur Zeit des japanisch-chinesischen Krieges in dieser Evolution übernahm, hat das Berliner Kabinett auch bis heute nicht entsagt. Nach wie vor an der Spitze des Dreibundes stehend, ist es zugleich offenkundig bemüht, zu den beiden Mächten, welche außerhalb dieses Bundes stehen und durch engste Freundschaft miteinander verknüpft sind, die besten Beziehungen zu unterhalten. Man muß der deutschen Diplomatie die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß sie durchaus nicht wenig für jenes Übereinkommen der kontinentalen Mächte gethan hat, dessen Ernst und Augenscheinlichkeit England veranlaßte, von einer gesonderten politischen Thätigkeit im christlichen Orient abzusehen. Die Aufrichtigkeit seines so viele Male laut ausgesprochenen Wunsches, ein mächtiger Beschützer des europäischen Friedens und der Ruhe Europas zu sein, beweisend, hat Se. Majestät der Deutsche Kaiser ohne Zweifel die internationale Kombination gefördert, welche die erste Rolle im christlichen Orient Rußland überlassen hat. Wir glauben, daß Kaiser Wilhelm, der bei uns gerade in der Zeit erscheint, in welcher der durch die Vermittelung der Mächte erreichte Friedensschluß zwischen Griechenland und der Türkei besorstellt, nach Peterhof mit dem aufrichtigen Wunsche reist, auch die weiteren Erfolge der europäischen Einmischung in die orientalischen Angelegenheiten zu fördern. Wenn man von diesem Gesichtspunkte ausgeht, so muß man erwarten, daß Kaiser Wilhelm, nachdem er aus Rußland nach Deutschland zurückgekehrt ist, noch mehr Anlaß als bisher haben wird, sich an jenes politische Programm zu halten, welches ihn dazu brachte, sowohl während des japanisch-chinesischen Streites als während der ersten Stadien der diplomatischen Einmischung der Großmächte in die Angelegenheiten des osmanischen Reiches volle Einmütigkeit mit Rußland und Frankreich an den Tag zu legen. In Anbetracht dieser Erwägung erblicken wir in der Ankunft des Deutschen Kaisers ein Ereignis, welches ein neues Unterpfand für die guten Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland ist. Diese Beziehungen sind für jeden wahren Russen solange erwünscht, als sie eine Grundlage der internationalen Situation sind, bei welcher der von Deutschland geleitete Dreibund nicht mehr eine gleichzeitig gegen Rußland und Frankreich gerichtete politische Kombination ist. Als Schöpfer einer solcher Situation sind in der letzten Zeit ohne Zweifel Kaiser Franz Joseph und Kaiser Wilhelm erschienen. Wir hoffen, daß letzterer, gleich seinem monarchischen Freunde und Verbündeten, aus Rußland die Überzeugung mit sich nehmen wird, daß unsere politischen Kreise dieses wissen und schätzen.

Marinegedanken.

Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt in ihrer heutigen Ausgabe an leitender Stelle:

Seitdem der Reichstag bedauerlicherweise die im Marineetat für Schiffsbauten gestellten Forderungen in ebenso erheblicher wie bedenklicher Weise gekürzt hat, wird fortgesetzt das Thema der Entwickelung unserer maritimen Wehrmacht in der Presse, in Broschüren, Vorträgen rc. erörtert.

Bemerkenswert ist der Eifer, mit welchem gerade die Organe jener Richtungen die „Marinefrage" behandeln, deren Nein bei jenem Reichstagsbeschlusse ausschlaggebend war. Man darf in diesem Eifer wohl eine Gewissenserregung begrüßen. Denn wenn man auch anstandshalber nachdrücklichst jenen zu widersprechen sich verpflichtet hält, die für die Notwendigkeit eintreten, unseren erfreulich wachsenden überseeischen Interessen einen ausreichenden Schutz durch unsere Kriegsflagge zu sichern, so sind es doch nur einzelne — prinzipielle Nörgler, welche grundsätzlich einer Erweiterung der Kriegsmarine und einem gesteigerten Kriegsschiffsbau widerstreben.

Letztere wären vielleicht — obwohl auch das vergeblich sein wird — an das Verhalten ihrer Väter und Großväter, deren einige ja noch als parlamentarische Größen unter ihnen weilen, gegenüber der Vergrößerung der preußischen Armee zu erinnern, mit welcher König Wilhelm I. seine so ruhm- und thatenreiche Regierung begann. Mutatis mutandis hat man zur Konfliktszeit genau die gleichen Argumente von jener Seite gegen die Armeeorganisation geltend gemacht, die man heute der Entwickelung der Marine entgegenstellt. Damals haben Erfahrung und historische Thatsachen den Männern recht gegeben, die mit ihrem Könige unter der Führung von Bismarck und Roon mutvoll an die Durchführung gingen und es der Zukunft überließen, den parlamentarischen Streit zu schlichten. Politiker, die sich gegen Belehrungen solcher Art nicht verschließen wollen, hätten daher alle Ursache, auch die Marinefragen unter den Gesichtswinkel der großen Verantwortung zu nehmen, welche man auf sich ladet, indem man für doch jedenfalls mögliche Zukunftsereignisse dem Vaterlande nicht die denkbar beste Rüstung auch zur See schafft — so lange es Zeit ist.

So wie die Dinge heute liegen und bisher parlamentarisch behandelt worden sind, kann die Marineverwaltung, können das ausgezeichnete Offizierscorps und die ebenso ausgezeichneten Mannschaften der Marine nicht das leisten, was sie leisten sollten und könnten, um für jede Eventualität der Zukunft ihre Berufspflicht zu erfüllen. Die Berufsfreudigkeit in der Marine muß schließlich darunter leiden, wenn ihre Arbeit, die doch auf Fort- und Weiterbildung des Vorhandenen gerichtet sein muß, stets unter der Ungewißheit steht, ob auch der Reichstag die Mittel bewilligen werde, welche die marinetechnischen Autoritäten für erforderlich und die finanziellen als mit den sonstigen Bedürfnissen und den Einnahmen des Reichs im Einklange befindlich erachten. Es ist überhaupt sowohl für die Marine als auch für die Regierung ein unwürdiger Zustand, wenn jedes Jahr von neuem erst in der Kommission des Reichstags, dann in dessen Plenum und nebenher in der Presse um jede einzelne Forderung für ein neues Schiff gekämpft und gefeilscht wird. Aber ist etwa dieser Zustand des Reichstags würdig? Die Marineverwaltung muß aus technischen und die Reichsverwaltung aus finanzpolitischen Gründen einen positiven Anhalt dafür haben, wie der Reichstag im Laufe der nächsten Jahre die Entwickelung der Marine behandeln will. Ein Septennat, wie es für die Landarmee eingeführt ist, wäre das auch für die Marine zu erstrebende Ideal. Aber dieses Ideal wird vorläufig kaum zu erreichen sein, weil der Reichstag, und zwar mit Recht, geltend machen würde, daß die aufgestellten Flottenpläne bisher niemals innegehalten worden sind.

Daß es nicht etwa Willkür der Regierung oder der Marineverwaltung gewesen ist, wenn die Flottenpläne nicht so ausgeführt werden konnten, wie sie aufgestellt und vorgelegt worden, ist bekannt. Das Gegenteil wird auch von keiner Seite behauptet. Technische Gründe waren es, welche Abweichungen von jenen Plänen bedingten. Die rapide Entwickelung der Schiffsbautechnik, der Artillerie, des Torpedowesens, des Schutzes gegen beide, kurz geradezu grundstürzende Änderungen in Konstruktion, Ausrüstung und Bewaffnung der Schiffe und der an die Marine in ihrer Gesamtheit und das einzelne Schiff zu stellenden Anforderungen sind es gewesen, welche zwangen, die Flottenbaupläne zu durchbrechen, noch bevor sie zur Hälfte ausgeführt waren. Es wäre also auch für die Zukunft wenig gehoffen, falls man die Regierung und die Marineverwaltung auf einen bestimmten Bauplan festlegen wollte, denn auch ferner wird die technische und wissenschaftliche Entwickelung dieser Dinge nicht stille stehen und würden die Thatsachen sich hinter erweisen als programmatische Vorherbestimmungen. Nichtsdestoweniger muß ein Weg gefunden werden, welcher der Marineverwaltung die Sicherheit schafft, daß sie für eine Reihe von Jahren über gewisse Summen zu Neubauzwecken verfügen kann. Daß die Bauthätigkeit der Marine eine gewisse Stetigkeit erhält, liegt aber nicht nur im Interesse der Marine und der Reichsfinanzen, sondern auch in dem der gesamten deutschen Erwerbsthätigkeit. Wir bauen grundsätzlich unsere Schiffe auf deutschen Werften und verwenden, soweit irgend möglich, nur deutsches Material für unsere Marine. Die inländische Industrie muß sich also auf den Bedarf unserer Marine einrichten können, falls sie ihn regelmäßig befriedigen soll. Dieser Bedarf muß daher für eine gewisse Zeit ein stetiger, ein zu übersehender sein. Wollten wir in einem Jahre sehr viele und im nächsten gar keine Neubauten ausführen, so würden wir unsere Schiffe nicht mehr im Inlande, jedenfalls nicht mehr aus deutschem Material bauen können.

Der Streit um die Marinefragen sollte sich also vor allem der Erörterung darüber zuwenden, wie es möglich ist, ohne die parlamentarischen Rechte des Reichstages zu beschränken, doch der Marineverwaltung, der Marine und der deutschen Industrie die Sicherheit einer stetig fortschreitenden Entwickelung zu verschaffen und die Feststellung der hierfür erforderlichen Mittel dem wechselnden parlamentarischen Konstellationen und dem alljährlich wiederholten Kampf um die einzelne Position zu entziehen.

Die Anfänge des modernen Verkehrs Hamburgs mit Vorderindien und Ostasien.

(Schluß.)

Was den Handel mit China anbelangt, so gelang es dem hamburgischen Konsul in Kanton, Mac Vicar, bereits 1830, der hamburgischen Flagge die Anerkennung der chinesischen Autoritäten zu verschaffen und die Rechte der meistbegünstigten Nation zu sichern. Daß der Verkehr hamburgischer Schiffe in Kanton trotzdem ein geringer blieb, war eine Folge der zurückgebliebenen Entwickelung des hamburgischen Warenmarktes gegenüber dem Londoner, namentlich in asiatischen Artikeln. Ein regelmäßiger Schiffsverkehr Hamburgs mit China kann erst von den vierziger Jahren datiert werden. Bis zum Abschlusse des britisch-chinesischen Vertrags von Nanking im Jahre 1842 war — noch dazu unter hemmenden Bedingungen — nur Kanton dem europäischen Handel geöffnet; durch diesen Vertrag wurden ihm außer Kanton auch noch Amoy, Futschou, Ningpo und Schanghai erschlossen, und im Ergänzungsvertrage von 1843 wurde ausgesprochen, daß in diesen Häfen auch die anderen fremden Länder, deren Unterthanen oder Bürger schon bisher in Kanton verkehrt hätten, unter denselben Bedingungen wie die Engländer verkehren könnten. Diese wertvolle Errungenschaft machten sich die Hamburger schnell zu nutze; sie wandten diesem neueröffneten Handelsgebiete ganz besondere Aufmerksamkeit zu. Zwar nur langsam wuchs für die Hansestädte die Bedeutung dieses Verkehrs, aber sie wuchs doch, und wenn auch die meisten deutschen Industrieerzeugnisse noch nicht für den chinesischen Markt geeignet waren, so nahm doch der direkte Handel zwischen Hamburg und China im allgemeinen zu. Noch bedeutender, als die Zunahme des Fernverkehrs, war diejenige des Anteils der hamburgischen Flagge an dem Küstenverkehr Chinas. Von 1850 bis 1863 stieg der Verkehr der hamburgischen Flagge in Hongkong nach der Zahl der Schiffe fast auf das Achtzehnfache, nach der Größe auf das Sechzehnfache. Und nicht nur in diesem englischen Hafen, der Kanton bald zu überflügeln wußte, sondern auch in den rein chinesischen Häfen, wie Amoy, Futschou und Schanghai, wurde die hamburgische Flagge von Jahr zu Jahr bekannter, und in vielen kleinen Plätzen fand man sie schon vertreten, als sich noch gar keine Europäer dort aufhielten. Um die einmal angeknüpften Handelsverbindungen zu erhalten und zu erweitern, ernannte der hamburgische Senat Konsuln, wo es nur möglich und thunlich war, nachdem er sich 1863 einmal entschlossen hatte, das etwa seit 1845 offene Konsulat in Kanton wieder zu besetzen. Die Notwendigkeit, auch einen Handelsvertrag mit China abzuschließen, machte sich besonders von 1858 an geltend, in welchem Jahre China neue Verträge mit England, Amerika, Frankreich und Rußland schloß, in denen die Bedingung, daß die zugesicherten Handelsvorteile auch den übrigen Schiffahrt treibenden Nationen zu teil werden sollten, nicht enthalten war. Direkt und selbständig Schritte in dieser Richtung zu thun, erschien den Hansestädten nicht ratlich, da nach allgemeiner Ansicht ohne Begleitung von Kriegsschiffen ein hanseatischer Unterhändler in China und Japan nichts ausrichten werde. Sie stellten daher den Antrag in die Verhandlungen, welche Preußen namens des Zollvereins mit China wegen des Abschlusses eines Handelsvertrages führte, eingeschlossen zu werden, was denn auch zur Folge hatte, daß sie in den Vertrag, den Graf Eulenburg am 2. September 1861 in Tientsin unterzeichnete, aufgenommen wurden.

Nicht so leichten Kaufes gelang es Hamburg, mit Japan, wo seit Jahrhunderten von den europäischen Mächten allein Holland auf der Insel Desima im Hafen von Nagasaki hatte Handel treiben dürfen, Handelsverbindungen anzuknüpfen. In den Verträgen, die Japan von 1854 an mit den Vereinigten Staaten und europäischen Staaten (England, Rußland, Frankreich, Niederlande) einging, war nicht, wie in dem ersten englisch-chinesischen Vertrage, allen übrigen fremden Handelsstaaten eine gleich günstige Behandlung zugesichert; die Hansestädte, die ja bisher in gar keiner Verbindung mit Japan gestanden hatten, mußten also auf Mittel sinnen, die Vorteile, welche den Vertragsstaaten zufielen, auch sich zu sichern, um so mehr, als die Vertragsabschlüsse mit Japan rasch aufeinander folgten. Auch schon der ausgedehnte Küstenhandel in China legte das Verlangen nach einem Vertrage nahe, denn er schien ohne die Ausdehnung auf Japan gefährdet. Ein selbständiges Vorgehen der Hansestädte war Japan gegenüber noch weniger erfolgversprechend als gegenüber China. Die Hansestädte erreichten es zwar, daß die preußische Gesandtschaft unter Führung des Grafen Eulenburg, die, wie mit China, auch mit Japan für den Zollverein einen Vertrag abschließen sollte, den Auftrag erhielt, die Aufnahme der Hansestädte in denselben ebenfalls zu betreiben, allein Eulenburg mußte froh sein, für Preußen allein einen Vertrag zu erlangen, und fand es nicht für ratsam, seine besondere Beglaubigung für die Hansestädte zu übergeben. Die nunmehr unternommenen Versuche, durch Hollands Vermittelung zu einem Vertrage zu gelangen, scheiterten nicht minder, ebenso die Schritte, welche der hanseatische Ministerresident in Berlin, Geffcken, im Juni 1862 bei der damals in Berlin weilenden japanischen Gesandtschaft unternahm. Den Plan, unter fremder, etwa holländischer oder englischer Flagge am Verkehr mit Japan teilzunehmen, hatte man in Hamburg bald wieder fallen lassen. Die alte Hansestadt war in einer sonderbaren Lage. „Hamburg stand damals am Ende einer vierhundertjährigen Epoche, in der es die Autonomie besessen hatte, völkerrechtliche Verträge zu schließen; diese Verträge bildeten die Etappen in seiner Handelspolitik; bei ihnen zeigen sich alle Vorteile und Schwächen der seltsam isolierten Stellung, die mit ihren Schwestern diese Stadt Jahrhunderte hindurch eingenommen hat. Zum Schluß trifft in dem Ringen nach dem japanischen Vertrag noch einmal alles zusammen: die Ohnmacht nach außen, die Notwendigkeit des Anlehnens an das Ausland; auf der andern Seite kommerzielle Rührigkeit und das Bewußtsein, bei kräftiger autoritativer Unterstützung durch einen Staat den meisten Nebenbuhlern wirtschaftlich gewachsen zu sein. Wenn nun am Abschlusse dieser Epoche Hamburg noch einmal eine jener Enttäuschungen erlebte, wie sie ihm in jener langen Periode nicht erspart geblieben sind, wenn es den Vertrag mit dem neuerschlossenen Japan nicht erhielt: so erfüllte ihm die neue, mit dem Jahre 1866 anfangende Zeit mit manchen andern Wünschen auch diesen. Die japanische Regierung erteilte im Jahre 1867 die Zusicherung, daß die Schiffe der Staaten des Norddeutschen Bundes unter norddeutscher Bundesflagge in den geöffneten und noch zu öffnenden japanischen Häfen behandelt werden sollten, wie nach dem japanisch-preußischen Vertrage bisher die preußischen Schiffe behandelt wurden." Von dieser Zeit an, vor allem aber seit dem Jahre 1870 sind Wandlungen in politischer wie in wirtschaftlicher Beziehung eingetreten, welche auf den deutschen Handel im allgemeinen, ganz besonders aber auf den Handel mit dem Osten einwirkten: politisch die Gründung des Deutschen Reiches, wirtschaftlich in erster Linie die Eröffnung des Suezkanals, in zweiter die großartige Entwickelung der Dampfschiffahrt. Schöne, vielversprechende Anfänge, das Werk eines durch Jahrhunderte geschulten kaufmännischen Geistes, haben die Hansestädte in den Beginn dieser Entwickelung hereingebracht. Größeres haben sie seitdem geschaffen unter kräftiger Benutzung jener beiden wirtschaftlichen Hilfsmittel und mit dem Rückhalte, den ein mächtiges Staatswesen, wie das Deutsche Reich, gewährt. Das berechtigt zu der Hoffnung, daß sie in Zukunft noch weit mehr dazu beitragen werden, daß Deutschland im Wettkampfe um die Erschließung des Ostens denjenigen Anteil am Orienthandel gewinnt, dessen es für seine wirtschaftliche Entwickelung bedarf.

Kunst und Wissenschaft.

§§ Der erste Tag des Anthropologenkongresses schloß mit einem Ausfluge nach Alt-Lübeck, den Resten eines alten wendischen Markt- und Handelsplatzes aus der Zeit König Gottschalks (1043 bis 1066) an der Einmündung der Schwartau in die Trave. Am Mittwoch früh wurden der Dom und das Museum besichtigt, der alte, von Heinrich dem Löwen 1173 begonnene, später vielfach ergänzte und erweiterte Dom mit seinen reichen architektonischen, bildhauerischen und malerischen Schätzen, dem Altarschrein von Hans Memling, der prachtvollen Grabplatte der Bischöfe Burchard v. Serken und Johann v. Mul, dem großartigen Triumphkreuze, der Tumba des Bischofs Heinrich und den sonstigen zahlreichen Kunstwerken — das neue, im Stile des Domes über dessen altem Kreuzgange errichtete Museum, eine Zierde Lübecks, das den Neid mancher größeren Stadt herauszufordern vermag. Die zweite Sitzung begann am Mittwoch vormittag mit einem Vortrage von Dr. Köhl-Worms über die Ausgrabungen bei Worms. Redner legte zunächst einen Satz kleiner neolithischer Steingeräte aus einem Frauengrabe vor, Stücke aus kleinen Flußgeschieben hergestellt, die wegen ihrer handlichen Form von den Steinzeitmenschen geeignet befunden wurden zur Bearbeitung von Holz und Leder, zum Glätten der Thongefäße und sonstigen, damals der Frau zufallenden Arbeiten, dabei ein Feuerstein, von dem etwa ein Dutzend Feuersteinmesser verschiedenster Größe durch Schlag abgesprengt sind. Weiter gab Redner Schilderungen der Ausgrabungen auf römischen Grabfeldern bei Worms vom Juli 1896 und Ostern 1897, die der Reichstagsabgeordnete Frhr. Heyl v. Herrnsheim zu Gunsten des Paulusmuseums in Worms auf dem schon bekannten südlichen Römerfriedhofe hat vornehmen lassen — ferner von den Ausgrabungen auf einem im letzten Winter vom Vortragenden neu entdeckten Grabfelde, das noch völlig unversehrte Gräber umfaßt, wahrscheinlich mehrere Tausende. 175 davon sind bis jetzt erschlossen, auf beiden Fundstellen zusammen 518 seit Juli v. Js. An einem Plane von Worms erörterte Redner die Lage der Gräberfelder und der von ihm aufgefundenen und genau vermessenen mehr als dreißig Römerstraßen. Derartig umfangreiche Entdeckungen von Straßen sind bisher noch in keiner der alten Römerstädte gemacht worden. Dabei konnten drei zeitlich verschiedene Arten des Straßenbaues nachgewiesen werden. Die frührömischen Brandgräber mit ihren Beziehungen zur La Tène-Zeit, sowie die Skelettgräber der spätrömischen Zeit, das häufige Vorkommen von Steinsarkophagen aus Pfälzer Sandstein, das Einhüllen der Leichen in Gips zwecks ihrer Erhaltung wurden vom Redner eingehend betrachtet. — Von allgemeinerer Bedeutung war der folgende Vortrag von Dr. Karl Ranke-München über die Sehschärfe der Indianer. Vortragender ist der vielerwähnte Teilnehmer der Brasilienreise (1895 bis 1896) Dr. Meyers, der auf dieser Reise durch einen unglücklichen Zufall (Zerspringen des Gewehres) sein linkes Auge verlor. Seine Beobachtungen über die Sehschärfe der Indianer verdienen um so mehr Beachtung, als gerade neuerdings vielfach Mitteilungen über die Sehschärfe bei Naturvölkern durch die Zeitungen gegangen sind, die über ganz unglaubliche Leistungen berichten. Diese unzweifelhaft übertriebenen Angaben werden durch Rankes Erfahrungen auf das richtige Maß zurückgeführt. Er hatte sich für die Reise mit den üblichen Hilfsmitteln zur Messung der Sehschärfe, den Snellenschen Tafeln, den Burchardtschen internationalen Sehproben und dem Wolffbergschen diagnostischen Farbenapparate ausgerüstet und fand auch Gelegenheit, diese Apparate bei den Bakairi, sogenannten zahmen Indianern, und bei den wilden Trumai anzuwenden, obschon nicht ohne anfängliche Schwierigkeit, weil die Leute mißtrauisch und ängstlich gegenüber den „Zaubertafeln" waren, weil sie die Punkte der Snellenschen Tafeln nicht zu zählen vermochten, weil sie keine gleichmäßigen Bezeichnungen für die Farben hatten rc. Am Paranatinga ward man zunächst fünf Bakairi als Reisebegleiter an. Das Gebaren dieser Leute erweckte anfänglich den Eindruck ganz ungewöhnlicher Sehschärfe, so bei der Jagd und dem Fischfange. In den Stromschnellen des Flusses erlegten die Leute trotz der reißenden Strömung, trotz der Schwierigkeit, die Strahlenbrechung richtig abzuschätzen, mit größter Sicherheit den kaum sichtbaren Fisch. Sie schossen mit ihren zwei Meter langen Pfeilen (Feuergewehre sind ihnen noch fast unbekannt) den Simumbu, eine Art Leguan, mitten aus dem Dickicht des Urwaldes, von dem er sich seiner Farbe nach kaum unterscheidet. Sie machten alle Augenblicke die Reisenden auf einen Auerhahn oder Affen in einer Baumkrone aufmerksam, den diese trotz aller Mühe nicht zu entdecken vermochten; sie folgten ohne jede Unsicherheit einer Spur, von der die Europäer zuweilen nicht das Geringste wahrnehmen konnten, und unterschieden das Geschlecht eines Rehes auf Entfernungen von mehreren Hundert Metern. Trotzdem ergab die Untersuchung mit den genannten Apparaten eine keineswegs ungewöhnliche Sehschärfe. Wie sind nun jene auffälligen Sehleistungen der Indianer zu erklären? Einfach aus der Übung und Gewöhnung. Gerade wie unser Blick sich für manche Dinge durch Übung schärft, gerade so schärft sich der des Naturmenschen für andere lediglich durch die tägliche Übung und Gewöhnung, ganz abgesehen davon, daß manche Leistungen einfach auf Kunstgriffen beruhen, die, einmal erfaßt, jedem anderen dieselben Sehleistungen ermöglichen. So wird das Verfolgen einer Fußspur sehr erleichtert, ja überhaupt ermöglicht durch Betrachtung des vorliegenden Geländes unter einem bestimmten Gesichtswinkel, aus gewisser, nicht zu geringer Entfernung. Das Geschlecht des Rehwildes erkennt man leicht an der Art, wie das beobachtete Stück läuft rc. Äußerst wichtig ist die Fähigkeit, das Auge auf eine bestimmte Entfernung einzustellen, eine Fähigkeit, die dem an die Abmessung seines Zimmers gewöhnten Kulturmenschen für größere Entfernung abzugehen pflegt. Das Auge des Menschen paßt sich eben dem täglichen Bedürfnisse an, und so haben wir in der Eigenart unseres Sehvermögens nicht etwa eine durch die Kultur verschuldete Entartung, sondern eine Anpassung an die Anforderungen unserer Umgebung und unserer gewöhnlichen Thätigkeit zu erblicken. So wird die Erkennung eines Tieres im Urwalde erst möglich, nachdem man gelernt hat, durch das zunächst sich dem Blicke aufdrängende Oberflächenbild des Waldwuchses hindurch wie durch ein vergittertes Fenster in die Tiefe des Waldes zu blicken, das Auge auf die größere Entfernung dieser Waldestiefe, in der nur das Tier sehen sollen, einzustellen. In steter Lebensgefahr, dazu auf die Jagdbeute angewiesen, ist der Indianer gezwungen, der ihn umgebenden Natur unausgesetzt die höchste Aufmerksamkeit zuzuwenden, und deshalb äußert er eben die Feinheit und Schärfe der Naturbeobachtung, die uns anfänglich in Erstaunen setzt und die Meinung von einer außergewöhnlichen Leistungsfähigkeit seiner Sinne entstehen läßt. Der stets in Gedanken versunkene Kulturmensch dagegen beobachtet seine Umgebung zu wenig; es mangelt ihm infolgedessen die Fähigkeit, sich rasch und sicher zurechtzufinden, einen einmal gesehenen Ort sofort wiederzuerkennen. Es fehlt ihm der Schatz von Erinnerungsbildern, die den vornehmsten geistigen Besitzstand des Naturmenschen bilden. Welche Rückwirkungen dieser Unterschied auf das seelische Leben äußert, hat Vortragender bei jener Reise an sich selbst erfahren. Anfangs erquickte er sich an der landschaftlichen Schönheit der durchzogenen Gegenden. Als Kulturmensch war er an diese Auffassung des ihm entgegentretenden Naturbildes in seiner Gesamtheit und an die aus dieser Auffassung entspringenden Empfindungen gewöhnt. Bald aber änderte sich das; er fing an, sich mit den Einzelheiten der Natur zu beschäftigen, und damit schwand zusehends die Empfänglichkeit für den landschaftlichen Ein-

SLUB
Wir führen Wissen.